

Verbesserung der Maßnahmen gegen Anti-Authority Extremism in Kanada

Policy Brief

The bottom half of the page features several thick, light blue wavy lines that flow across the width of the document, creating a decorative, organic pattern.

1. Einleitung

Soziale Bewegungen, die die Legitimität des Staates ablehnen, stellen eine wachsende Herausforderung für demokratische Gesellschaften dar. In Kanada wird dieses Phänomen als Anti-Authority Extremism bezeichnet und hat in den letzten zwei Jahrzehnten erhebliche öffentliche und politische Aufmerksamkeit erlangt. Anti-Authority Extremism zeigt sich in Kanada unter anderem durch Gruppen wie die „Freemen-on-the-Land“ oder sogenannte „Sovereign Citizens“, durch Proteste, die darauf abzielen, die Legitimität der Regierung infrage zu stellen, sowie durch Einzelpersonen, die extreme Überzeugungen vertreten, sich jedoch keiner benannten Gruppe zuordnen. In diesem Policy Brief wird der Begriff „Anti-Authority Extremism“ verwendet, um das gesamte Spektrum von Ideologien und Verhaltensweisen zu erfassen, das durch ein grundlegendes Misstrauen gegenüber und Delegitimierung von Regierungen und staatlichen Institutionen gekennzeichnet ist.

Ideologien, die die Legitimität von Regierungen ablehnen, haben sich in den letzten Jahren vervielfacht und diversifiziert. Sie umfassen eine Vielzahl von Überzeugungen, Verschwörungserzählungen und Taktiken. Sie sind geprägt von Skepsis und Ablehnung gegenüber Politiker*innen, politischen Maßnahmen und Regierungen, reichen jedoch oft darüber hinaus und richten sich ebenso gegen weitere staatliche oder etablierte Einrichtungen, darunter wissenschaftliche Organisationen, Gesundheits- und Strafverfolgungsbehörden, Finanzsysteme, Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Gemeindevertreterinnen sowie nicht selten auch gegen kulturelle oder gesellschaftliche Normen. Neben dieser umfassenden Ablehnung von staatlichen Systemen instrumentalisieren viele Anhänger*innen auch aktuelle Ereignisse und gesellschaftliche Krisen, um ihre Weltsicht zu legitimieren und ihre Narrative zu verbreiten. Daher ist der Umfang des Anti-Authority Extremisms wahrscheinlich weitaus größer als die öffentliche Wahrnehmung und betrifft zahlreiche Bereiche des öffentlichen und privaten Sektors, von der Strafverfolgung über Schulen bis hin zu Gesundheitseinrichtungen.

Individuen wenden sich aus einer Mischung persönlicher, sozialer und wirtschaftlicher Gründe anti-authority Ideologien und Erzählungen zu. Beispielsweise spielen Frustration über die Politik, negative Erfahrungen mit Regierung oder Strafverfolgungsbehörden sowie ein allgemeines Misstrauen gegenüber Institutionen eine Rolle. Für manche versprechen anti-authority Ideologien und Taktiken eine „schnelle Lösung“ für finanzielle Notlagen oder rechtliche Probleme und bieten einfache Erklärungen, indem sie die Schuld für Schwierigkeiten externalisieren. Zudem kann der Reiz in anti-authority Ideologien darin bestehen, dass vermeintlich eine Rückkehr zu früheren oder „einfacheren“ Lebensweisen versprochen wird. Dies zeigt sich besonders in Zeiten unerklärlicher gesellschaftlicher oder politischer Veränderungen, wie etwa während der COVID-19-Pandemie.

Im Jahr 2023 wies ein Bericht der „Security and Intelligence Threats to Elections Task Force“ darauf hin, dass extreme anti-authority Narrative, einschließlich Drohungen gegen Politiker*innen, zunehmend „normalisiert“ werden und das Potenzial haben, „das Gefüge der kanadischen Gesellschaft negativ zu beeinflussen“.ⁱ Während die meisten Menschen mit solchen Überzeugungen nicht gewaltbereit sind, gibt es einen geringen Anteil an Personen, die tatsächliche Gewalt ausüben. In den letzten Jahren gab es mehrere gewalttätige Vorfälle, darunter ein Schusswechsel 2022 in Saanich, B.C., bei den Zwillingen gezielt Polizist*innen angreifen und töten wollten.ⁱⁱ Die größere Gefahr besteht jedoch darin, dass anti-authority Ideologien das Misstrauen und die Ablehnung demokratischer Werte und Institutionen fördern und so langfristig den sozialen Zusammenhalt und die öffentliche Ordnung destabilisieren.

Angesichts dieser Entwicklungen besteht ein dringender Bedarf an strategischen, evidenzbasierten und proaktiven Maßnahmen. Dieser Policy Brief stützt sich auf empirische Erkenntnisse aus dem Projekt „Preparing Professionals for the Rising Threat of Anti-Authority Extremism“ (im Folgenden „Prep-Ex“ genannt), welches Anti-Authority Extremism und Souveränismus in Kanada und Deutschland untersuchte. Er bietet ein umfassendes Verständnis des Phänomens und seiner ideologischen Varianten in beiden nationalen Kontexten. Dabei wurden verschiedene Perspektiven von Expert*innen im Feld, Strafverfolgungsbehörden sowie von Fachkräften aus der Praxis wie Berater*innen und Sozialarbeiter*innen einbezogen, die im Rahmen ihres Berufs mit Anhänger*innen in Kontakt kommen. Ebenso wurden Sichtweisen von Personen mit anti-authority Überzeugungen und deren Familien berücksichtigt. Aufbauend auf den Erkenntnissen aus diesen Perspektiven skizziert dieser Policy Brief zentrale Risiken und Herausforderungen, die vom Anti-Authority Extremism ausgehen, und schlägt mehrere konkrete Handlungsempfehlungen vor, um Entscheidungsträger*innen in Kanada bei der Prävention, Bewältigung und Eindämmung seiner Auswirkungen zu unterstützen.

2. Risiken und Herausforderungen des Anti-Authority Extremism

Gefahren für Anhänger*innen und ihr Umfeld

Die Risiken, die mit Anti-Authority Extremism einhergehen, sind vielfältig und gehen weit über das Gewaltpotential hinaus. Auch wenn Eskalationen in Gewalt weiterhin eine Sorge in Kanada darstellen, zeigen sich die gravierendsten Folgen vor allem auf individueller und gesellschaftlicher Ebene. Anhänger*innen leiden häufig unter erheblichen psychischen Belastungen, sozialer Isolation und finanziellen Schwierigkeiten. Sie entstehen einerseits durch pseudo-juristische Strategien¹, andererseits durch die Konsequenzen, die sich aus einem Leben in Ablehnung von Regierung und behördlichen Strukturen ergeben. So kann es beispielsweise vorkommen, dass Betroffene über Jahre hinweg keine Steuern, Hypotheken oder andere Rechnungen zahlen, was zu wachsenden Gebühren, Schulden und in manchen Fällen zu strafrechtlichen Konsequenzen führt. Ebenso kann die Ablehnung von Gesundheitsbehörden dazu führen, dass notwendige medizinische Behandlungen verweigert oder verzögert werden. Während solche Handlungen auch staatliche Ressourcen belasten, sind die persönlichen und gesellschaftlichen Schäden oft gravierend – darunter Obdachlosigkeit, Zwangsräumungen, Haftstrafen oder schwerwiegende gesundheitliche Folgen.

Diese Überzeugungen haben auch erhebliche Auswirkungen auf das soziale Umfeld der Anhänger*innen. Anti-authority Einstellungen können zu Konflikten innerhalb von Familien führen und Freundschaften belasten. Besonders Kinder sind den Folgen anti-authority Überzeugungen von Eltern oder Erziehungsberechtigten ausgesetzt: Ihr Wohlergehen kann durch die Verweigerung oder Verzögerung medizinischer Versorgung, finanzielle Notlagen, Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit oder den Schulabbruch gefährdet sein.

Gefahren für die Gesellschaft

Anti-authority Ideologien führen zu Skepsis und Feindseligkeit gegenüber staatlichen Stellen und etablierten Institutionen. Dadurch sinkt die Bereitschaft, diese als legitime Informationsquellen anzuerkennen. In der Folge neigen Anhänger*innen eher dazu, Fehlinformationen oder Desinformation zu konsumieren und ihnen Glauben zu schenken. So misstrauen viele von ihnen beispielsweise Gesundheitsbehörden und -einrichtungen, was dazu führen kann, dass notwendige medizinische Behandlungen abgelehnt oder verzögert werden – oder dass auf alternative Behandlungsmethoden zurückgegriffen wird, deren Wirksamkeit wissenschaftlich kaum belegt ist.

¹ Pseudorecht bezeichnet Ideen, Überzeugungen oder Praktiken, die fälschlicherweise so dargestellt werden, als ob sie auf anerkannten Rechtsprinzipien beruhen, tatsächlich jedoch keine gültige rechtliche Grundlage haben. Pseudojuristische Argumentationen weichen von etablierten juristischen Auffassungen und der geltenden Rechtsordnung ab, indem sie sich auf nichtexistierende Gesetze, Fehlinterpretationen bestehender Vorschriften oder auf überholte bzw. nicht mehr anwendbare Rechtsprinzipien stützen.

Auch Rechts- und Verwaltungssysteme können zur Zielscheibe werden, insbesondere durch Anhänger*innen, die pseudojuristische Strategien anwenden, um ihren gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber dem Staat wie etwa dem Zahlen von Steuern zu entgehen. Solche Strategien führen nicht nur zu einer Verschwendung öffentlicher Ressourcen, sondern können auch finanzielle oder rechtliche Sanktionen für die Anhänger*innen selbst nach sich ziehen, was wiederum zu einer zusätzlichen Belastung der Gesellschaft führt.

Weiterhin können anti-authority Ideologien den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben und so zur politischen Polarisierung beitragen. Anti-authority Narrative können Verschwörungsglauben verstärken und Hass fördern, etwa durch die Verbreitung migrationsfeindlicher oder rassistischer Stereotype.

Gewaltpotenzial

Das von Anhänger*innen ausgehende Gewaltpotenzial ist zwar gering, sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Diese Gewalt richtet sich häufig gegen Vertreter*innen staatlicher Autorität, wie Polizeibeamt*innen, Justiz- und Gerichtsbedienstete, Politiker*innen oder andere öffentliche Persönlichkeiten. Zunehmend jedoch zielt sie auch auf einen weitreichenderen Personenkreis, die in unterschiedlichen Feldern über reale oder vermeintliche Entscheidungsmacht verfügen. Dazu gehören z.B. Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe, Lehrer*innen, Medienschaffende oder Beschäftigte im Gesundheitswesen. Solche Gewalttaten können reaktionär sein, etwa bei Auseinandersetzungen mit der Polizei nach einer Verkehrskontrolle. Sie können aber auch geplant sein: wenn z.B. gezielt Personen angegriffen oder getötet werden, die sie als Repräsentant*innen eines „illegitimen Systems“ betrachten, das Anhänger*innen bekämpfen möchten. In den letzten Jahren kam es in Kanada zu mehreren aufsehenerregenden Gewalttaten, darunter ein Vorfall im Jahr 2020, bei dem ein Mann mit einem halbautomatischen Gewehr in Rideau Hall eindrang, um den damaligen Premierminister Justin Trudeau „festzunehmen“.ⁱⁱⁱ

Hindernisse und Herausforderungen für die Prävention

Institutionelle, strukturelle und gesellschaftliche Faktoren erschweren es, Anti-Authority Extremismus in Kanada zu begegnen:

- Stereotype öffentliche Wahrnehmung. Die mediale Darstellung der Bewegung ist häufig klischeehaft und sensationsgetrieben. Sie konzentriert sich auf extreme Randfiguren und vernachlässigt die ideologische Vielfalt innerhalb des Phänomens. Diese verzerrte Sicht erschwert eine angemessene gesellschaftliche Auseinandersetzung sowie wirksame politische Maßnahmen, insbesondere bei Anhänger*innen, die zwar nicht zu Gewalt neigen, jedoch aufgrund ihrer Überzeugungen erhebliche persönliche und soziale Schwierigkeiten haben.
- Das Phänomen ist unzureichend erforscht, was zu begrenztem Wissen und einem unklaren Verständnis hinsichtlich der Ideologien, Anhänger*innen und deren Verhaltensweisen führt. Dieser Mangel an fundierten Informationen erschwert es, das Ausmaß und die potenziellen Auswirkungen auf die Gesellschaft verlässlich einzuschätzen.

- Gesellschaftliche Krisen wie die COVID-19-Pandemie haben das öffentliche Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen verstärkt und damit einen Nährboden für staatsfeindliche Narrative und Verschwörungserzählungen in breiteren Teilen der Bevölkerung geschaffen. Dies trägt wiederum zur Normalisierung von anti-authority Narrativen und Verschwörungserzählungen bei.
- Mangelndes Wissen über die Ideologie bei bestehenden psychosozialen Unterstützungs- und Beratungsdiensten, etwa in der Sozialberatung, Schuldenberatung oder Jugendhilfe, erschweren den Umgang mit Anhänger*innen. Dies kann dazu führen, dass spezifische Verhaltensweisen, die auf der ideologischen Überzeugung beruhen, übersehen oder ignoriert werden. Im Zweifelsfall kann sogar dazu kommen, dass Anhänger*innen Unterstützung verweigert wird, weil das nötige Hintergrundwissen fehlt.
- Unzureichende spezialisierte Programme führen dazu, dass maßgeschneiderte Beratungs- und psychosoziale Unterstützungsangebote für Personen mit entsprechenden Ideologien nur begrenzt oder nicht flächendeckend verfügbar sind. Dies kann zu Versorgungslücken führen, insbesondere in Regionen, in denen es keine entsprechenden Angebote gibt.
- Spezialisierte Programme, die Menschen unterstützen, sich von extremistischen Ideologien und gewalttätigen Verschwörungserzählungen zu distanzieren, sind nicht ausreichend bekannt. Fachkräfte (z. B. Polizei, psychosoziale Fachkräfte), die mit Anhänger*innen in Kontakt kommen, sind häufig weder mit der Ideologie noch mit den entsprechenden Unterstützungsangeboten vertraut, was den Zugang für Anhänger*innen erschwert.
- Verzögerte Reaktionen oder Untätigkeit seitens rechtlicher oder administrativer Stellen, die von Anhänger*innen ins Visier genommen werden, können unbeabsichtigt deren Überzeugungen bestätigen und den Eindruck vermitteln, dass pseudojuristische Taktiken wirksam seien. Diese Wahrnehmung von Erfolg kann die Anhänger*innen bestärken, ihre Überzeugungen vertiefen, und sie zu eskalativeren Verhaltensweisen animieren.
- Soziale Medien wirken als Beschleuniger. Digitale Plattformen wie Telegram und TikTok spielen eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung, Vernetzung und Radikalisierung von Anhänger*innen.

3 Empfehlungen zur Prävention und Bekämpfung von Anti-Authority Extremism

Monitoring und Präventionsmaßnahmen ausbauen

- Kontinuierliches Monitoring betreiben: Die ideologischen Überschneidungen mit anderen extremistischen Weltanschauungen sowie rassistischen, misogynen, antisemitischen und verschwörungsideologischen Überzeugungen und die Ausbreitung dieser Bewegung erfordern ein kontinuierliches Monitoring. Die ideologischen Überschneidungen verwischen die Grenzen zwischen verschiedenen Extremismusformen und machen es notwendig, Definitionen extremistischer Ideologien von staatlichen Stellen wie etwa jene des Canadian Security Intelligence Service (CSIS) fortlaufend zu überprüfen und weiterzuentwickeln.
- Das Phänomen in größere politische Zusammenhänge einordnen: Um Anti-Authority Extremism wirksam zu verstehen, muss das Phänomen im Kontext globaler politischer Entwicklungen betrachtet werden. Das Phänomen ist als Spiegel breiterer politischer Tendenzen, Ereignisse und Krisen zu begreifen. Dafür ist ein besseres Verständnis der Zusammenhänge zwischen der Verbreitung dieser Ideologien und jenen Ereignissen erforderlich, die Angst, Unmut und Misstrauen gegenüber politischen Institutionen und ihren Vertreter*innen schüren.
- Angewandte Forschung und Risikoanalysen fördern: Forschende in akademischen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen sollten gezielt und zusätzlich finanziell unterstützt werden, um die Motivationen, demografischen Muster, Taktiken und Strategien sowie Distanzierungsfaktoren innerhalb der anti-authority Bewegung in Kanada vertiefend zu untersuchen. Besonderes Augenmerk sollte auf die Förderung praxisnaher und handlungsorientierter Forschung gelegt werden, die der Prävention, Intervention und Deradikalisierung dient.

Schulung und Sensibilisierung verbessern

- Standardisierte Schulungsmodule entwickeln: Auf nationaler und lokaler Ebene sollten standardisierte Schulungen zum Erkennen und zum Umgang mit Anti-Authority Extremism für Fachkräfte bereitgestellt werden, die besonders häufig mit Anhänger*innen in Kontakt kommen. Dazu gehören z.B. Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst, Polizeibeamt*innen, oder Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe. Die Schulungsmodule sollten zentrale ideologische und pseudojuristische Grundannahmen, gängige Taktiken und Argumentationsmuster, Methoden der Ansprache und Deeskalation sowie Sicherheitsprotokolle für den Arbeitsalltag vermitteln. Zudem sollten sie regelmäßig an aktuelle Entwicklungen angepasst werden.

- Inhalte über Anti-Authority Extremism in berufliche Qualifizierungen und Fortbildungen integrieren: Berufsverbände und Organisationen wie die Canadian Association of Social Workers oder Lehrer*innenverbände sollten ermutigt werden, Module zu Anti-Authority Extremism in ihre Aus- und Fortbildungsprogramme aufzunehmen. Dies kann die frühzeitige Erkennung sowie die Weiterverweisung an geeignete Stellen innerhalb der entsprechenden Berufsgruppen deutlich verbessern.
- Ein nationales Informationszentrum einrichten: Die weite Verbreitung anti-authority Einstellungen in der Bevölkerung macht es erforderlich, ein zentrales Informationszentrum aufzubauen, das Wissen gebündelt und zielgruppengerecht aufbereitet vermittelt. Dieses Zentrum sollte sowohl Materialien für Fachkräfte bereitstellen, die zusätzliche Informationen zum Thema suchen, als auch an lokale Unterstützungsangebote und Ansprechpersonen vermitteln.

Fachkräfte unterstützen und Kapazitäten ausbauen

- Praktische Werkzeuge und Handlungsleitfäden für Fachkräfte entwickeln und bereitstellen: Fachkräfte, die voraussichtlich mit Anhänger*innen in Kontakt kommen (wie Mitarbeiter*innen von Service Canada oder Fachkräfte im Kinder- und Jugendschutz) müssen Zugang zu geeigneten professionellen Unterstützungsangeboten und Materialien haben. Dazu gehören z.B. Leitfäden und Verweisstrukturen, um komplexe Situationen sicher und effektiv zu bewältigen.
- Sicherheitsprotokolle und Schutz von Mitarbeiter*innen einführen: Für Fachkräfte in besonders exponierten Tätigkeitsfeldern mit erhöhtem Risiko im Umgang mit Anhänger*innen sollten verpflichtende Sicherheitsprotokolle eingeführt werden. Darüber hinaus sollte allen Mitarbeiter*innen der Zugang zu unterstützenden Angeboten wie Supervision, kollegialer Beratung, Nachbesprechungen und psychologischer Betreuung ermöglicht werden, um mit den emotionalen oder psychischen Belastungen durch konfrontative Situationen angemessen umgehen zu können.
- Rechtliche und bürokratische Reaktionen standardisieren: behördliche, gerichtliche und juristische Reaktionen auf pseudorechtliche und anti-authority Taktiken müssen zeitnah, einheitlich und standardisiert erfolgen. Eine schnelle und konsistente Reaktion, die sich klar und nachvollziehbar auf geltende rechtliche, verwaltungstechnische oder verfahrensbezogene Grundlagen bezieht, kann einer weiteren Eskalation solcher Taktiken vorbeugen und verhindern, dass die Überzeugungen der Anhänger*innen unbeabsichtigt legitimiert werden.

Das bestehende Unterstützungsangebot erweitern

- Zusätzliche Finanzierung für spezialisierte Angebote bereitstellen: Es wird zusätzliche Finanzierung benötigt, um bestehende spezialisierte Programme auszubauen, die darauf abzielen, Menschen beim Ausstieg aus extremistischen Ideologien und gewaltorientierten Verschwörungstheorien zu unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit sollte Programmen gelten, die auch Angehörige von Anhänger*innen einbeziehen, insbesondere Kinder und Jugendliche, sofern möglich. Eine erfolgreiche Umsetzung erfordert ausreichende Ressourcen und eine langfristige Finanzierungsperspektive.
- Bekanntheit spezialisierter Programme bei Vermittlungsstellen steigern: Die Sichtbarkeit und die Zugänglichkeit bestehender spezialisierter Programme müssen durch landesweite Koordination und gezielte Kampagnen verbessert werden. Diese Sensibilisierungsmaßnahmen sollten sich an potenzielle Erstkontaktstellen und Multiplikator*innen richten, wie z. B. Polizei, Gerichte, Bewährungshilfe, Gesundheits- und psychosoziale Dienste, Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendhilfe. Die Informationen zu den Angeboten sollten zielgruppengerecht, niedrigschwellig und verständlich aufbereitet werden.

Kommunikationsstrategien zur Bekämpfung von anti-authority Narrativen und Unmut erarbeiten

- Kommunikation bei Krisen verbessern: Schlechte, inkonsistente oder widersprüchliche Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit in Krisen- und Notfallsituationen kann Angst, Verwirrung und Misstrauen gegenüber staatlichen Behörden und ihren Vertreter*innen fördern. Es sollten Anstrengungen unternommen werden, in transparente, koordinierte und proaktive Kommunikationspraktiken zu investieren, die klar, konsistent, zeitnah und evidenzbasiert sind. Sie sollten möglichst einen Raum für einen Dialog bieten, in dem die Öffentlichkeit Fragen, Bedenken und Feedback äußern kann.
- Fehler, die Misstrauen verursachen anerkennen und angehen: Wenn politische, bürokratische, rechtliche oder administrative Fehler nicht anerkannt und behoben werden, kann das Vertrauen der Öffentlichkeit in Regierung und Behörden verloren gehen. Indem Fehler offen eingestanden, angegangen und klare Strategien zu ihrer Behebung kommuniziert werden, zeigen Behörden Verantwortung und können politische Frustrationen verringern, die sonst zu anti-authority Einstellungen führen könnte.

4 Ausblick

Ein umfassender Ansatz zur Prävention und Bekämpfung von Anti-Authority Extremism muss über die hier genannten politischen Empfehlungen hinausgehen. Er erfordert eine langfristige und gesamtgesellschaftliche Strategie, die die demokratische Resilienz stärkt und die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen für Radikalisierungsprozesse angeht.

Die Übernahme anti-authority Einstellungen sollte nicht nur als individuelles Versagen oder persönliche Verantwortung seitens der Anhänger*innen betrachtet werden, sondern als ein umfassenderes Phänomen, das durch soziale, politische und wirtschaftliche Faktoren geprägt ist, in denen diese Personen leben. Forschungen zeigen, dass persönliche Erfahrungen wie finanzielle Notlagen, soziale Isolation, Ausgrenzung, rechtliche Schwierigkeiten, Angst und Misstrauen gegenüber Institutionen dazu führen, sich anti-authority Ideologien anzuschließen. Ein Gesellschafts- und Staatswesen, das Menschen in Krisenzeiten unterstützt, effektiv kommuniziert, Fehler anerkennt und Ungleichheit abbaut, spielt eine wichtige Rolle bei der Prävention. Gleichzeitig muss die Gesellschaft bereit und in der Lage sein, Personen zu unterstützen, die sich von anti-authority Überzeugungen lösen, und ihnen Wege zur Teilhabe zu eröffnen.

Langfristig ist die Stärkung demokratischer Resilienz entscheidend. Dies erfordert eine demokratische Kultur, die auf Transparenz, Dialog und Inklusion basiert. Dabei ist es besonders wichtig, die politische Kommunikation zu verbessern, Verantwortung zu übernehmen, sowie aus vergangenen Fehlern zu lernen. Gleichzeitig ist es entscheidend, politischer Frustration entgegenzuwirken. Durch mehr Transparenz, eine offene Fehlerkultur und die Möglichkeit, Rückmeldungen zu geben, kann die Handlungsfähigkeit von Menschen gefördert werden. Anti-authority Überzeugungen entstehen oft dort, wo Menschen sich von der Gesellschaft entfremden, sich von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlen und sich gegenüber scheinbar entfernte oder unzugängliche Institutionen machtlos empfinden. Indem Möglichkeiten für Meinungsverschiedenheiten, Kritik und Debatten – drei Grundpfeiler der liberalen Demokratie – gefördert und der demokratische Wert des Pluralismus hervorgehoben werden, kann eine resilientere Gesellschaft entstehen, die weniger anfällig für polarisierende antidemokratische Narrative ist.

Die Bekämpfung und Prävention von Anti-Authority Extremism erfordern mehr als kurzfristige oder reaktive Maßnahmen. Es bedarf langfristiger Anstrengungen: Bereits im frühen Alter sollten Kinder darin unterstützt werden, demokratische Werte, kritisches Denken und Medienkompetenz zu stärken. Ebenso sollten Menschen jeden Alters kontinuierlichen Zugang zu Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für gesellschaftliche und demokratische Teilhabe über zivilgesellschaftliche und gemeinschaftliche Organisationen erhalten. Dies setzt voraus, lokale und entstehende Initiativen zu stärken, die auf Inklusion und politische Bildung abzielen. Gleichzeitig ist es wichtig, denjenigen Gemeinschaften und Gruppen fortwährende Unterstützung und Solidarität zukommen zu lassen, gegen die sich die antisemitischen, antifeministischen, rassistischen oder anti-2SLGBTQIA+-Haltungen der anti-authority Ideologie richtet.

Die Bekämpfung von Anti-Authority Extremism ist nicht nur eine Frage der öffentlichen Sicherheit, sondern sie ist entscheidend, um das Vertrauen in demokratische Werte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schützen sowie inklusive sowie zivilgesellschaftliche Gemeinschaften aufzubauen. Um dies zu erreichen, bedarf es eines nachhaltigen Bewusstseins für globale Entwicklungen und der Erkenntnis, dass Anti-Authority Extremism ein Phänomen ist, das nationale Grenzen überschreitet. Internationale Zusammenarbeit, Wissensaustausch und gemeinsames Lernen mit internationalen, nationalen und lokalen Akteur*innen ist erforderlich, um diesem Phänomen in Kanada angemessen zu begegnen und eine resiliente demokratische Gesellschaft zu stärken.

Endnoten

- i Bronskill, Jim. 2024. "Anti-authority narratives could tear 'fabric of society,' intelligence report warns," CBC News, March 24, <https://www.cbc.ca/news/politics/threats-of-violence-canada-elections-1.7153960>.
- ii Vancouver Island Integrated Major Crime Unit, press release, 2023. "VIIMCU released their concluding report on the bank robbery and attempted murder of Vancouver Island police officers," Royal Canadian Mounted Police, January 20, <https://bc-cb.rcmp-grc.gc.ca/ViewPage.action?siteNodId=2087&languageId=1&contentId=78199>.
- iii Bell, Stewart. 2024. "Armed reservist who crashed truck into Rideau Hall looking for Trudeau released," Global News, July 15, <https://globalnews.ca/news/10624142/armed-reservist-who-crashed-truck-into-rideau-hall-looking-for-trudeau-released/>.

Zum Projekt

Der Policy Brief wurde im Rahmen des Projekts PreP-Ex (Preparing Professionals for the Rising Threat of Anti-Authority Extremism) entwickelt, welches Souveränismus in Deutschland und Anti-Authority Extremism in Kanada untersucht hat. Die Forschung basierte auf Interviews mit Expert*innen aus verschiedenen Bereichen, darunter psychosoziale Fachkräfte wie Berater*innen, Verwaltungs- und Polizeibehörden. Um unterschiedliche Perspektiven zu gewährleisten, wurden auch Personen befragt, die selbst souveränistische und anti-authority Einstellungen besitzen, und eine Umfrage mit Familienangehörigen, Freund*innen und nahestehenden Personen durchgeführt. Der Policy Brief wird ergänzt durch einen Forschungsbericht, der eine vertiefte Analyse über das Phänomen in den jeweiligen nationalen Kontexten bietet und dessen Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede herausstellt. Es werden unter anderem die Ideologie, Gründe für die Hinwendung und Distanzierung sowie Risiken und Gefahren beleuchtet. Zusätzlich ist ein Leitfaden verfügbar, der Empfehlungen zum Umgang mit Anhänger*innen bietet. Es richtet sich speziell an psychosoziale Fachkräfte wie Berater*innen, Sozialarbeiter*innen, Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden.

Veröffentlichungsdatum

Juni 2025

Disclaimer

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und Empfehlungen beruhen auf öffentlich zugänglichen Informationen und den Forschungsergebnissen des Projekts PreP-Ex. Sie spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Personen oder Institutionen wider, die die Finanzierung dieses Projekts ermöglicht haben.

Empfohlene Zitierweise

Organization for the Prevention of Violence. (2025). Strengthening Responses to Anti-Authority Extremism in Canada: Policy Recommendations.

Danksagung

Unser herzlicher Dank gilt dem Canada Centre for Community Engagement and Prevention of Violence bei Public Safety Canada. Das Projekt PreP-Ex konnte dank der finanziellen Unterstützung durch den Community Resilience Fund von Public Safety Canada realisiert werden. Wir sind sehr dankbar für die wertvolle Zeit und das Fachwissen, das uns zahlreiche Expert*innen aus Wissenschaft, Beratungsarbeit, Recht, Sicherheit und Verwaltung im Rahmen dieses Projekts zur Verfügung gestellt haben und für alle Gespräche, die im Rahmen von PreP-Ex geführt wurden. Ihr Beitrag war entscheidend für die Qualität und Tiefe unserer Arbeit.

modus | zad



**organization for
the prevention
of violence**



**Public Safety
Canada**

**Sécurité publique
Canada**